

Leserbriefe

## Die Berufsbildung degradieren?

Die Luzerner Regierung will im nächsten Jahr acht Millionen Schweizer Franken weniger für die Berufsbildung ausgeben. Das geht aus dem neuen Sparpaket hervor. Dies ist eine unverständliche Sparmassnahme und wird unsere Volkswirtschaft in unverantwortlicher Weise schwächen!

Die Schweiz besitzt keine Bodenschätze oder natürlichen Ressourcen. Die einzige Ressource, die wir haben, ist unsere Bildung. Unsere Wissensgesellschaft ist der Grund dafür, dass wir weltweit bei Spitzentechnologien mithalten können. Auch unser duales Berufsbildungssystem – die praktische Ausbildung im Betrieb, verbunden mit der theoretischen Bildung in der Berufsschule – hat sich bewährt und beschert uns in der Produktion Spitzenkräfte.

Dieser spezifisch schweizerische Wissen- und Ausbildungsmix, gepaart mit einer professionellen Umsetzung, hat uns in den vergangenen Jahrzehnten in eine hervorragende wirtschaftliche Lage gebracht. Nun sollen also diesem weltweit einzigartigen Erfolgsmodell finanzielle Mittel durch kurzfristige Sparübungen entzogen werden. Unsere Ausbildungsqualität wird dadurch aber nachhaltig geschwächt. Dies führt langfristig zu weniger gut ausgebildeten Fachleuten, was wiederum mehr Arbeitslose bedeutet – in erster Linie mehr

Jugendarbeitslose. Doch nicht nur das. Luzern wird im Vergleich zu den anderen Kantonen, die diese Kürzungen nicht vornehmen, ins Hintertreffen gelangen. Das wird die Standardqualität negativ beeinflussen. Kann und will sich das unser Kanton wirklich leisten?

Unser Ausbildungssystem ist auf zwei Säulen gebaut. Die Wirtschaft und der Staat, gemeinsam mit den Kantonen, sind in der Pflicht und Verantwortung. So ist der Staat zuständig für den Betrieb der Berufsschulen. Die Berufsverbände, als Träger der entsprechenden Lehrberufe, sind verantwortlich für die in jeder Berufslehre vorgeschriebenen Überbetrieblichen Kurse (ÜK). Die Berufsverbände setzen sich stark für den Nachwuchs ein. So hat z. B. die Metall-Union Luzern, Ob- und Nidwalden MULON vor drei Jahren ein neues, überregionales ÜK-Zentrum in Sursee gebaut. Die Mitgliedsfirmen der MULON aus Metallbau- und Landtechnik haben eigene Mittel von rund 6 Mio. Franken investiert, um den Lernenden in unseren Branchen professionelle ÜK und den Arbeitnehmern Weiterbildungen anbieten zu können. Die Erfolge dieser Investitionen in die Berufsbildung trugen denn auch Früchte. Jahr für Jahr belegen Absolventen unserer Ausbildungsstätte in Sursee Spitzenränge bei den SwissSkills, den Schweizer Berufsmesterschaften. Erst kürzlich durfte ich

anlässlich der SwissSkills 2012 in Zürich dem aus Triengen stammenden Metallbauer Manuel Weber die Silbermedaille als Vize-Schweizer-Meister übergeben.

Die KMU nehmen ihre Verantwortung in der Berufsbildung mit grossem Engagement wahr. Es ist deshalb absolut unverständlich, wenn sich der Kanton Luzern von der qualitativ hochstehenden Berufsbildung aus finanziellen Gründen verabschiedet. In der Verantwortung steht aber nicht nur der kantonale Finanzminister, sondern auch das Parlament. Inzwischen ist wohl allen Kantonsräten klar, dass das Parlament und die Regierung bei den verabschiedeten Steuergesetzrevisionen in den vergangenen Jahren zu weit gegangen sind. Der Standortpromotion für neue Betriebsansiedelungen durch Senkung der Unternehmenssteuer wurde zu viel Bedeutung beigemessen. Die nun fehlenden Steuereingänge bei Gemeinden und beim Kanton sind die logische Folge davon. Aber entziehen wir der beruflichen Ausbildung die finanziellen Mittel, sägen wir am Ast unseres Wohlstandes – und ein altes Sprichwort käme einmal mehr zum Tragen: «Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber».

Hans Kunz, Langnau,  
Zentralpräsident der Schweizerischen Metall-Union SMU

## Es droht ein Leistungsabbau

Für die Volksschule ist dieses Projekt nicht nur eine Sparmassnahme, sondern ein echter Bildungsabbau. Das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer werden damit echt verschlechtert. Das ist keine Optimierung der Berufsattraktivität für den Lehrberuf, wie ihn die Regierung versprochen hat. Mit der Kürzung des Kurs- und Weiterbildungsangebotes reduziert sich ein wichtiger Bereich unseres Berufsumfeldes. Damit besteht das Risiko der Qualitätsverminderung in der Schule. Beim Abbau der Schulberatung besteht die Gefahr, dass Lehrpersonen, die Unterstützung nötig hätten, diese nicht erhalten oder auf die Warteliste

gesetzt werden. Damit können aktuelle Probleme nicht gelöst werden. Auch hier ein Qualitäts- und Leistungsabbau für die Lehrpersonen und Schulen. Wir opponieren der Schliessung des Medienzentrums Sursee mit aller Entschiedenheit. Was mit einem hohen Aufwand von Dagmersellen nach Sursee gezügelt wurde und dort mit grossem Engagement aufgebaut wurde, darf nicht einfach dem Sparzwang geopfert werden. Es ist absolut unverständlich in einer Arbeitswelt, die auch für Lehrpersonen immer komplexer wird und in der die stressbedingten Erkrankungen zunehmen, die heutige Regelung der Altersentlastung abzubauen. Die Sparmassnahmen in

der Volksschule haben zur Folge, dass ein Qualitäts- und Leistungsabbau in der Volksschule stattfindet und die Chancengerechtigkeit in keiner Weise gewährt ist, dass die integrative und individuelle Förderung nicht mehr gewährleistet ist, dass die Sonderschülerinnen und Sonderschüler noch mehr benachteiligt werden, dass die angekündigte Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs ein Papiertiger ist, dass bewährte Lehrpersonen nicht ernst genommen werden und dass die Wertschätzung des Personals allgemein zur Illusion verkommt.

Pius Egli, Geschäftsführer Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband LLV



## Handy-Sammelaktion

Bei einer Handy-Sammelaktion der Swisscom werden funktionierende Handys sorgsam aufbereitet und auf dem internationalen Gebrauchthandymarkt verkauft, die defekten Geräte werden in der Schweiz umweltgerecht recycelt. Der Erlös der Handy-Sammelaktion kommt dem SOS-Kinderdorf in Harar/Äthiopien zugute, wo es rund 1000 Kindern eine solide Ausbildung ermöglicht. Mitgemacht haben bei dieser karitativen Aktion auch die Teilnehmenden des Beruflichen Vorbereitungsjahres (BV) von Frei's Schulen in Luzern. Sie sammelten innerhalb von zwei Wochen über 60 gebrauchte Handys. Das blieb nicht unbemerkt. Am Schlussstag der Aktion wurden die jungen BV-Absolventen von Rita Fischer Hofstetter, Stifterin von SOS Kinderdorf, besucht.

Foto apimedia

## Kanton spart sich krank

Die Grünen Willisau haben das fatale Sparprogramm des Regierungsrates intensiv diskutiert und lehnen dieses entschieden ab. Gerade auch die ländlichen Regionen sind vom Sparprogramm stark betroffen. So sollen weitere Angebote in der Stadt Luzern zentralisiert werden. Dazu gehört namentlich die Berufsberatung, welche ihren Standort Sursee schliessen soll. Das heisst: Alle Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern müssen für Informationsabende und Beratungsgespräche nach Luzern reisen. Die zusätzlichen Kosten für den Anfahrtsweg werden selbstverständlich die einzelnen Familien tragen müssen. Aufgrund des langen Anfahrtsweges werden die Jugendlichen die für die Berufsfindung wichtigen Angebote der Berufsberatung weniger in Anspruch nehmen. Die Folge sind dann vermehrt Lehrabbrüche, welche neben den persönlichen Schwierigkeiten immer auch Kosten verursachen. Die Kosten für den Musikschulunterricht an den Gymnasien soll um zweihundert Franken erhöht werden. Auch diese Mehrkosten gehen zulasten der Familien. Ebenso soll das Essen in der Mensa der Schulen nach

oben angepasst werden, auch das eine Mehrbelastung für Privatpersonen. Die erwähnten Massnahmen sind nur drei von insgesamt 185 Massnahmen.

Infolge der übertriebenen Steuererhöhungen der letzten Jahre, haben die Sparübungen die Grenzen des Vernünftigen überschritten. Leistungen werden ganz abgebaut oder es werden grosse Einbussen in der Qualität in Kauf genommen. Gerade die wenig bis normal verdienenden Personen sind von den Sparmassnahmen massiv betroffen. Eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen steuerbaren Einkommen muss bei einer Steuererhöhung von einer Zehnteinheit ungefähr hundert bis zweihundert Franken mehr Steuern bezahlen. Die höheren Gebühren und Abgaben aufgrund des Sparprogramms übersteigen die eingesparten Steuern bei weitem.

Für die Grünen ist klar: Dieses Sparbudget ist weder sozial noch ökologisch nachhaltig noch zukunftsgerichtet, sondern ist einzig auf die Verhinderung einer Steuererhöhung ausgerichtet.

Grüne Willisau  
Esther Müller, Co-Präsidentin

# Erste grüne Nationalratspräsidentin



Gleichzeitig mit dem Berner «Zibelemärit» hat am 26. November die Wintersession des eidgenössischen Parlamentes begonnen. Ich bin deshalb bereits am Sonntagabend nach Bern gefahren und habe frühmorgens die vielen grossen und kleinen Zwiebelkreationen bewundert. Am Nachmittag ging's dann ins Bundeshaus. Die Wintersession beginnt jeweils mit den Präsi-

chen für eine innovative, nachhaltige Entwicklung stellen. Doch eigentlich sollte es nicht mehr so eng werden, da der frisch gewählte Bauernverbandspräsident Markus Ritter ebenfalls Biobauer ist. Auch hier gilt: Wo Bio drauf steht, muss auch Bio drin sein!

Der Kanton Luzern hatte am Montag ebenfalls Grund zur Freude: Nationalrat Ruedi Lustenberger wurde mit einem sehr guten Resultat zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Zweiter Vizepräsident ist neu der Walliser Sozialdemokrat Stéphane Rossini. Die Feier für die frisch gewählte Nationalratspräsidentin fand am Mittwochnachmittag und -abend statt. Die Baselbieter haben ein tolles Wahlfest organisiert. Mit dabei waren auch Beobachter aus der Luzerner Staatskanzlei, damit man bereits Augenschein für die bevorstehende Wahl im nächsten Jahr nehmen konnte. Leider hat das Wetter nicht mitgespielt, nichts als Regen. Doch das hat der guten Stimmung keinen Abbruch getan. Premiere hatte am Fest die Bundeshausband. Richtig, neu gibt es eine aus allen Fraktionen zusammengesetzte Bundeshausband. Und wider Erwarten gab es keine schrägen Töne, das Zusammenspiel klappte gut, keine Fraktion überbortete die andere. Die gespielten Queen-Songs haben alle begeistert. Auch wenn es im Parlament weniger harmonisch zu und her geht, so gibt es doch Parallelen: Niemand

gibt allein den Ton an, für ein gutes Stück braucht es verschiedene Instrumente und Stimmen.

### Budgetdebatten in Bern und in Rothenburg

Ebenso gesetzt ist in der Wintersession jeweils die Beratung des Budgets des kommenden Jahres. Während rund zehn Stunden hat der Nationalrat über dieses Finanzgeschäft debattiert. Am Schluss wurde das Budget 2013 mit Ausgaben von rund 65 Mrd. Franken und Einnahmen von 64,5 Mrd. Franken verabschiedet. Im Vergleich zur Vorlage des Bundesrates, welche ein Defizit von 363 Mio. Franken vorsah, resultierte schliesslich ein Defizit von 497 Mio. Franken. Zusätzlich zu den Beschlüssen der Finanzkommission hat der Nationalrat noch 76 Mio. Franken Mehrausgaben genehmigt, davon allein 60 Mio. Franken für die Landwirtschaft. Wo sonst das Hohelied der Sparpolitik gesungen wird, blieb es still. Ganz nach dem Motto: Wir sind konsequent, die Landwirtschaft ist die Ausnahme. Dieses Mal hat die Milchbauern- und Winzerlobby gewirkt... Nun wird der Ständerat als Nächstes das Budget beraten, und man darf gespannt sein, ob und wie er die Vorlage noch verändert. Jedes Geschäft muss im Bundesparlament durch beide Kammern, den National- und den Ständerat, beraten und verabschiedet werden. Falls die Beschlüsse von National- und Ständerat voneinander ab-

weichen, kommt es zum sogenannten Differenzbereinigungsverfahren.

Wie in Bundesbern, werden zurzeit landauf und landab in den Gemeinden die Budgets für das nächste Jahr verabschiedet. Ich fuhr deshalb am Montagabend an die Gemeindeversammlung von Rothenburg und präsentierte als finanzverantwortliche Gemeinderätin das Budget 2013. Im Vergleich zu den Bundesmilliarden sind wir in unserer Gemeinde mit einem Budget von rund 41 Millionen Franken natürlich um ein Vielfaches bescheidener, und die Beratung dauerte mit einer halben Stunde wesentlich weniger lang! Nachdem die Stimmberechtigten die Vorlagen unverändert genehmigt hatten, fuhr ich am späteren Abend wieder mit dem Zug zurück nach Bern. Dem Ratsprotokoll konnte ich dann entnehmen, dass ich wegen meiner Verpflichtung an der Gemeindeversammlung vier Abstimmungen im Nationalrat verpasst habe. Nun werde ich wohl im Rating um die beste Präsenz bei Abstimmungen keine Bestnote erhalten! Es ist schon erstaunlich, wie schnell man aus dem Bekanntenkreis Rückmeldungen erhält, wenn die diversen Parlamentarier-Ratings publiziert werden. Die politische Arbeit scheint manchmal weniger zu interessieren...

### Wichtige Verkehrsvorlage im Ständerat

Der Ständerat hat in der ersten Ses-

sionswoche die sogenannte FABI-Vorlage beraten. Damit ist die Finanzierung und der Ausbau der Bahn-Infrastruktur gemeint – ein Paket, das der Bundesrat als Gegenvorschlag zur VCS-Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» geschnürt hat. Kernstück der Vorlage ist ein neuer Fonds, mit dem künftig der Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur finanziert werden soll. Die grosse Debatte dreht sich um die Entscheide, für welche Bahnprojekte in den nächsten Jahren wie viele Mittel bereitgestellt werden. Dabei kämpfen verschiedene Regionen für bessere ÖV-Verbindungen, so auch Luzern. Für uns ist zentral, dass wir die bestehenden Kapazitätsengpässe im Bahnhof Luzern beseitigen können, um auch in Zukunft gute Verbindungen zu gewährleisten. Mit dem Projekt Tiefbahnhof, das als sogenannte Durchmesserlinie (Durchgangsbahnhof) konzipiert ist, hat Luzern schon Vorarbeit geleistet und setzt sich nun im Bundesparlament für die Aufnahme des Vorhabens auf die Prioritätenliste der Projekte ein. Die Zusammenarbeit der Luzerner Parlamentsmitglieder über alle Parteigrenzen hinweg funktioniert hier gut und ist dringend nötig. Damit wir den Anschluss nicht verpassen, braucht es unser volles Engagement!

Prisca Birrer-Heimo,  
Nationalrätin SP, Rothenburg

## Brief aus Bern

umsahlen. Mit einem Glanzresultat wurde Maya Graf aus dem Baselbiet zur ersten grünen Nationalratspräsidentin gewählt. 2013 ist also das höchste Amt in Frauenhand, allerdings erst das 12. Mal seit 1848. Und nachdem ein Jahr lang Bauernverbandspräsident Hansjörg Walther den Ton angab, wird nun eine grüne Biobauerin höchste Schweizerin. Wie gross die Unterschiede vom SVP-Grün zum Grün der Grünen Partei sind, zeigt sich unter anderem in der Agrarpolitik. Wenn die Abstimmungen zur AP 14-17 weiterhin so knapp ausgehen, kann die Nationalratspräsidentin mit dem Stichentscheid die Wei-